

FRÖHEIT

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die schlagfertige Kampfbroschüre über den Kampf der Frau...
Preis: 1,00 M., einschließlich Transportgebühren...
Bestellungsstelle: Zentrum 2030, 2045, 4510, 4803, 4835, 4840, 4923

Aufruf für die ungarischen Volkstommisssare

Die Henker lechzen nach Blut

III. Berlin, 15. Dezember.

In einem von namhaften Vertretern von sieben Staaten unterzeichneten Aufruf wird darauf hingewiesen, daß das ungarische Ausnahmegericht im Begriff steht, zehn Mitglieder der ungarischen Sowjetregierung zum Tode durch den Strang zu verurteilen. In einer länger als vier Wochen währenden Verhandlung, die so heißt es in dem Aufruf, in der Gegenwart von Offizieren stattfand, die mit Handgranaten und Knüppeln bewaffnet, schon durch ihre Anwesenheit einen Druck auf das schlagame Gericht geübt haben, in einer Verhandlung, wo den Angeklagten als Verteidiger nur ausgesprochene Klaffgegnere überlassen wurden, konnte den zehn Volkstommisssaren keine einzige persönliche Verletzung nachgewiesen werden. Es ist hier nicht unseres Amtes, mit unserem Protest in den Kampf zwischen sozialistischer und bürgerlicher Weltanschauung oder in das Ringen sozialistischer Richtungen einzugreifen, sondern wir erheben unsere Stimme nur, um zum Ausdruck zu bringen, daß das öffentliche Gewissen der Menschheit darin einig ist, daß es nicht zulässig ist, den im Kampfe befeindeten politischen Gegner als einen gemeinen Verbrecher zu behandeln und für politische Verbrechen die Todesstrafe zu verhängen. Unter den Unterzeichneten des Aufrufes, der für die Anerkennung der Volkstommisssare eintritt, befinden sich neben den Führern der sozialistischen Parteien und der internationalen Arbeiterbewegung auch zahlreiche Gelehrte und Schriftsteller wie Hugo Brentano, Albert Einstein, Bernhard Shaw, Norman Angell.

Die Entwaffnungsnote

II. Paris, 15. Dezember.

Ueber den Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und der interalliierten Kommission über die Entwaffnung der Einwohnervorkämpfer schreibt der „Temps“, daß die gegenwärtigen Verhandlungen sich anscheinend auf die Entwaffnung Deutschlands beziehen, in Wirklichkeit handle es sich aber nur um die Entwaffnung gewisser reaktionärer Deutscher, die

die Republik kürzen wollen. Diese Reaktionen sollten organisiert und bewaffnet bleiben unter dem Vorwand, daß man sie brauchen werde, um eine bolschewistische Revolution zu unterdrücken. Das Blatt schreibt: Wir freuen uns, daß die alliierte Kontrollkommission einstimmig beschlossen hat, ihre früheren Entscheidungen aufrechtzuerhalten und keine Vorrechte zu erteilen.

Eine politische Rede Trozkis

DE. Helsingfors, 14. Dezember.

Die Petersburger „Pravda“ vom 11. Dezember veröffentlicht eine große Rede, die Trozki auf der Konferenz der Gouvernements-Agrarabteilungen gehalten hat. „Wir sind — sagte Trozki — im Vergleich zum vergangenen Jahre ärmer geworden. Die Hälfte der Kommunisten mußte an die Front geschickt werden. Gegenwärtig wird die Armeelast auf die Hälfte ihres Bestandes herabgesetzt; jedoch das Ausschlaggebende ist nicht die Zahl der Bajonette und wie können die Kommunisten in der Armeelast nicht entbehren. Wir streben nach Frieden, und sei es um den Preis großer Zugeständnisse. Ein Beispiel hierfür sind die Konzessionen. Wir selbst sind sowieso nicht imstande, die Reichtümer unseres Landes auszunutzen und uns vor dem drohenden Raube durch Japan zu schützen. Nag Japan geht darauf an, daß die Amerikaner nach Kamtschatka nur Maschinen transportieren, und keine Truppen. Im Augenblick, wo die proletarische Revolution in Europa und Amerika zur Entwicklung kommen wird, in den nächsten Jahren, wenn der Kapitalismus zusammenbricht, wird uns eine wertvolle Nachlassenschaft an technischen Hilfsmitteln zufließen. Bejorgnisse erweckt derzeit die Lage im Kaukasus; jedoch die Verständigung mit England und andere Tatsachen versprechen einen leuchtlichen Ausgang. Um die Arbeit zu fördern, werden wir einen Teil der Armeelast zu einer Arbeitsarmee umgestalten und dadurch das Hinterland und die Front einander näherbringen, um den gegenwärtigen zwischen ihnen bestehenden Antagonismus zu beseitigen. Es ist nicht möglich, das Wirtschaftswesen mit einemmal wieder herzustellen. Zur Durchführung des Planes eines zentralisierten Staates ist eine Reihe von Jahren notwendig.“

Für den Gebärzwang?

Von Marie Kunert

Es war zu erwarten, daß der zeitgemäße Antrag der U. S. P. D. auf Abschaffung der so viel Unheil anrichtenden Abtreibungsparagrafen weite Kreise reaktionärer Frauen mobil machen und zu Protesten veranlassen würde. Diese erfolgen vorläufig zwar nur auf dem Papier oder hinter verschlossenen Türen gewisser Frauenvereine, doch es ist vorauszu sehen, daß in den großen öffentlichen Frauenfundgebungen, die kurz vor der parlamentarischen Verhandlung der Gebärzwangsparagrafen stattfinden sollen, Abgesandte der verschiedenen gegnerischen Frauenverbände erscheinen und ihre Mitstreikern eindringlich warnen werden vor einem so unchristlichen Greuel, wie es das Selbstmordrecht der Frau in bezug auf die Kinderzahl ist. Es ist ganz nützlich, aus den bisher vorliegenden Protesten die Denkmäler und Empfindungsweise solcher rückschrittlicher Frauentreife kennen zu lernen. Sie ist übrigens bei den katholischen wie bei den evangelischen Frauen die gleiche und drückt sich in fast denselben Worten aus.

Die eine Million Mitglieder umfassende „Vereinigung evangelischer Frauenverbände Deutschlands“, ebenso wie der 225 000 Mitglieder zählende „Katholische Frauenbund Deutschlands“ betrachten in ihren Eingaben an den Reichstag die Vernichtung keimenden Lebens als Mord, ihre Straffreiheit als geeignet, die Ehe zu zerrütten, das Familienleben und die Reinheit der Sitten zu untergraben. Beiden Richtungen ist das Kind schließlich ein von Gott geschenktes und anvertrautes Wesen. Die Frage, warum Gott keine lebendigen Geschente, so massenhaft, wie es heute geschieht, infolge von Unterernährung, nicht genügender Erwärmung und Bekleidung sterben und verderben läßt, scheint den frommen Damen noch nicht gekommen zu sein. Auch nicht die Frage, ob das blödsinnige Kind eines Trunkers, das nicht minder unglückliche eines Sophistikers oder das einer Vergewaltigung entproffene auch von Gott geschenkt ist.

Die Evangelischen verweisen in ihrer Eingabe auf die vor der Verfassung gewährleistete Bevorzugung kinderreicher Familien und wenden sich aus diesem Grunde „auf das allerentschiedenste gegen die Unterbrechung der Schwangerschaft aus wirtschaftlichen Gründen“. Die Katholischen erheben u. a. Einspruch im Interesse der Volksgesundheit: „Jede Störung der natürlichen Entwicklung rächt sich. Zahllose Frauenleiden haben ihren Ursprung in Gewalttätigkeiten, die mehr als alle Entbehrungen der letzten Jahre den Körper der Frau schwächen, so daß sie nicht mehr befähigt ist, einem gesunden Nachwuchs das Leben zu geben.“ Ganz recht, nur werden bei dem Fortbestehen des geschlichen Gebärzwanges, gegen den die verzweifeltsten Frauen sich mit allen, selbst den bedenklichsten Mitteln wehren, diese Gesundheitsschädigungen nicht ab-, sondern zunehmen. Deshalb gerade fordern wir die Beseitigung der gefährlichen Abtreibungsparagrafen, damit der Arzt endlich freie Hand bekommt, die aus wirtschaftlichen, sozialen oder gesundheitlichen Gründen nötige Wegnahme der Frucht auf die unschädlichste Weise zu bewirken. So wird das Interesse der Volksgesundheit wirklich gewahrt.

Die katholischen Frauen erheben aber auch, ebenso starken Einspruch gegen die Anträge als deutsche Frauen. Deutsche Frauenehre ist es, Trägerin des kommenden Geschlechtes zu sein, deutscher Frauen Tugend, ihr mit unzähligen Mühen und Sorgen zu dienen. Die Annahme der Anträge schafft Verhältnisse, durch die unsere Frauenehre auf tiefste verletzt und das hohe Pflicht- und Verantwortungsgesühl zerstört wird, das uns allein befähigt, die ungezählten Opfer unseres Standes zu tragen. „Auch, mit solchen Pflichten wird man keine einzige der vielen Schwangerschaftstragödien verhindern. Auch in streng katholischen Gegenden nimmt die Geburtenzahl ab aus denselben unerbitlich zwingenden Gründen wie anderwärts, als da sind: vorhandene oder drohende Notstände, Wohnungsnot, Nahrungsmangel, Arbeitslosigkeit, unerträgliche Überlastung kinderreicher Mütter mit Haus- und Erwerbsarbeit usw. Trotz aller geistlichen Einwirkungen auf die Frauen im Reichstahl ist es so, wie ein guter Kenner dieser Verhältnisse in der Zeitschrift „Sexual-Probleme“ schrieb: „Es gibt eine Reihe von Sittlichkeitsverbrechen, die fast ausschließlich dem Reichstahl zur Kenntnis kommen. Hierher gehören vor allem die Vergehen gegen das keimende Leben. Auch in katholischen Kreisen wird die Abtreibung in großer Umfang geübt. Man mag noch so oft zur Beichte und zum Abendmahl gehen, der Kinderlegen ist trotzdem manchmal etwas sehr Unerwünschtes. Man begeht die Sünde und hat dabei wenigstens den Trost, sie beichten zu können. Damit hält man sie für erledigt... bis man sie übers Jahr wieder zu bekommen hat.“

Wenn die rein konfessionell orientierten Frauenverbände so zäh an ihren rüchständigen Ansichten festhalten, so ist das immerhin aus mancherlei Gründen noch verständlich. Wenn aber moderne Frauen, wie Verzinne, und darunter sogar eine der Mehrheitssozialdemokratie angehörende Kerstin, Fräulein Dr. Bogdanoff, sich in ähnlich verstopfener Weise absehnend äußern, so ist das ein Beweis dafür, wie auch diese Frauen zum Teil noch in den geheiligten Vorurteilen des kapitalistischen Militärstaates

Verwicklungen in der Wilnaer Frage

DE. Warschau, 14. Dezember.

Die Frage der Abstimmung im Wilnaer Gebiet ist in eine neue Phase getreten und droht mit Verwicklungen, deren Tragweite noch nicht übersehen läßt. Der Vertreter der litauischen Regierung, Waldemaras, hat bei der letzten Verhandlung im Rate des Völkerbundes gegen die Entsendung einer internationalen Truppenmacht in das Wilnaer Abstimmungsgebiet Einspruch erhoben. Er berief sich darauf, daß Litauen in seinem Friedensvertrag mit Sowjetrußland die Verpflichtung übernommen habe, keine fremden Truppen auf seinem Gebiet zu dulden, und wies auf die Gefahr einer Intervention von Seiten Sowjetrußlands hin. Die Sowjetregierung zeigte das lebhafteste Interesse für die Wilnaer Frage und habe die litauische Regierung neuerdings ernstlich auf ihre vertragmäßigen Pflichten hingewiesen. Falls der dahingehende Beschluß des Rates des Völkerbundes nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, hat Waldemaras um Verschiebung der Abstimmung und der Truppenentsendung.

In seiner Erwiderung wies der Vertreter Polens, Paderewski, darauf hin, daß Litauen zurzeit keine gemeinsame Grenze mit Sowjetrußland besitze und infolgedessen keine Interessen zu berücksichtigen habe. Eine bestimmte Stellungnahme des Völkerbundes ist noch nicht erfolgt. Einem Pressevertreter gegenüber erklärte Bourgeois, er erwarte den Hinweis auf den litauisch-russischen Vertrag für hinfällig, weil in dem späteren Rigaer Vorvertrag die Moskauer Regierung ihr Desinteressement an den Gebieten westlich der neuen polnisch-russischen Grenze anerkannt habe. In polnischen politischen Kreisen hegt man die Befürchtung, daß das Vorgehen der litauischen Regierung den Zweck habe, die Einberufung einer Konferenz unter Teilnahme Sowjetrußlands für die Lösung der schwebenden Ostfragen vorzubereiten.

Schwere Unruhen in Mähren

III. Prag, 15. Dezember.

Die Stadt Gding stand gestern unter der Herrschaft der Anarchie. Um 8 Uhr früh zogen die Arbeiter durch die Straßen und besetzten die Bezirkshauptmannschaft, entwaffneten die Gendarmen und ergriffen vom Postamt, von der Eisenbahnstation und der Tabakfabrik Besitz. Hieraus proklamierten sie den allgemeinen Generalstreik. Nachmittags wurde Militär herangezogen, welches jedoch von der Menge entwaffnet wurde. Die Dragoner ließen die Pferde einsackeln und ließen davon

Die Menge schleppte den Bezirkshauptmann gewaltsam auf die Straße, wobei die Menge schrie: „An die Laterne mit ihm!“ Der Bezirkshauptmann wurde mißhandelt. Abends kamen neue militärische Verstärkungen heran. Zuerst wurden blinde Schüsse abgegeben, später scharfe Salven. Auf beiden Seiten sind viele Schwere- und Leichtverletzte festgestellt. Als abends Legionäre eintrafen, gelang es ihnen, alle Gebäude wieder freizumachen und die Ruhe wieder herzustellen.

Auch in Brüx kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Militär und Kommunisten, wobei von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht wurde. Es gab 5 Tote und mehr als 20 Verletzte.

Die deutschen Kohlenlieferungen

II. Paris, 14. Dezember.

Die Wiedergutmachungskommission teilt amtlich mit: Die deutschen Kohlenlieferungen im Monat November belaufen sich auf 1 814 864 Tonnen. Diese verteilten sich wie folgt: 1 242 074,3 Tonnen für Frankreich; 217 080,5 Tonnen für Italien; 235 351 Tonnen für Belgien und 128 852,2 Tonnen für Luxemburg. In diesen Mengen sind enthalten 1 020 195,1 Tonnen Steinkohle, 504 342,2 Tonnen Koks und 121 946 Tonnen Braunkohlenbrückenteile.

Die im Protokoll von Spa vorgesehene Kommission zur Aufstellung eines Kohlenverteilungsprogramms in Oderschlesien hat ihren abschließenden Bericht der Reparationskommission überreicht, der er gegenwärtig zur Prüfung unterliegt. Zwischen Deutschland und Luxemburg ist ein Abkommen geschlossen worden hinsichtlich der Beteiligung Luxemburgs an der Zahlung der Deutschland auf seine Kohlenlieferungen gewährten Vorschüsse. Die Wiedergutmachungskommission hat dieses Abkommen ratifiziert. Weiter prüft die Wiedergutmachungskommission gegenwärtig mit den Vertretern der deutschen Regierung das Programm der von Deutschland nach Ablauf der im Spa-Abkommen festgesetzten sechs Monate zu bewirkenden Kohlenlieferungen.

Der Staatsanwalt gegen Erzberger? Wie die „Deutsche Zeitung“ meldet, hat der Staatsanwalt den Antrag auf Strafverfolgung Erzbergers wegen Verletzung der Eidspflicht in fünf Fällen gestellt. Von einem Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen den Reichsbahnhauptmann Kessel verlautet nichts!

Minister des französischen Kriegsministeriums. Der französische Kriegsminister ist zurückgetreten, formell aus Gesundheitsrücksichten, aber es ist ein öffentliches Geheimnis, daß Leserre sich nicht mit der Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 18 Monate einverstanden erklären konnte.

leben und wie wenig Verständnis sie für die ungeheure Not der breiten Massen haben. Fr. Dr. Bogodjinski verteidigte in einer Sitzung, die der Verein weiblicher Ärzte Berlins mit dem deutschen Juristenverein im Pyramidenklub hatte, die Bezeichnung der gesetzlichen Bestrafung. Mit erhobenem Zeigefinger wies sie darauf hin, daß unbedingt auserziehliche Gründe für die einschneidenden Strafen der Frauen die Strafbestimmung als abschreckende Drohung bestehen bleiben müsse. Die Würde der Frauen würde durch die Aufhebung des § 218 herabgedrückt. — Einer Sozialdemokratin, noch dazu einer wissenschaftlich gebildeten, war die Entdeckung vorbehalten, daß die Zwangsmutterchaft eine Erhöhung der weiblichen Würde bedeutet! Noch ein Stück weiter ging die Ärztin Fr. Dr. med. Blum, die im Sinne des Bundes deutscher Frauenvereine sprach. Sie vertrat die von Feinerlei Sachkenntnis getriebene Ansicht, daß durch innere Siedelung, Fortfall der Erwerbslosenunterstützung zugunsten linderreicher Familien die Not derselben, die wirtschaftliche Not Deutschlands bald aufgehoben werden könnte. Eine Gemütsathletin, diese Dame, die fastblütig die Arbeitslosen verhungern lassen will im Interesse der Angebornen!

Diese Stichproben mögen genügen zur Kennzeichnung der weiblichen Gegnerschaft unseres Antrages. Auch nicht einen brauchbaren Vorschlag vermögen diese Damen zu bringen, wie den Frauen geholfen werden soll, die sich mit Recht weigern, die Lücken, die der Krieg gerissen, mit thalassischen und tuberkulösen Säuglingen auszufüllen. Die Beseitigung der Gebärzwangspatographen 218 bis 220 des St. G. B. hat gewiß mit Sozialismus nichts zu tun. Allein sie erleichtert unseren durch Ueberarbeit und Unterernährung ausgemergelten Frauen in etwas die leidensvolle Uebergangszeit bis zur Verwirklichung des Sozialismus. Darum treten wir für die Aufhebung des Mutterchaftszwanges ein, mit der Entschiedenheit, die das Interesse des Proletariats in seiner gegenwärtigen unerträglichen Lage erheischt.

Die wahren Republikaner

Schluß des demokratischen Parteitag

Der demokratische Parteitag in Nürnberg ist zu Ende. Angesichts der Raumnöte, unter der wir gemeinsam mit der ganzen Presse leiden, kommen uns Zweifel, ob eine ausführlichere Erwähnung des Parteitages gerechtfertigt ist. Selbst demokratische Blätter zeigen sich von dem Ergebnis der Tagung enttäuscht und fassen sich außerordentlich kurz, und Theodor Wolff malte in seinem letzten Montagartikel mit recht deutlichen Strichen das Bild der prinzipienfesten, aber kleinen Partei an die Wand der Zukunft. Er sah Gegensätze und beobachtete Strömungen, die bestrebt sind, die Partei in eine engere Nachbarschaft zur deutschen Volkspartei zu bringen. Peterfens großes Wort, daß die Anhänger der demokratischen Partei zum mindesten treue Republikaner sein müßten, hat, wie es scheint, nicht bei allen Verammelten in Nürnberg das gleiche willige Echo gefunden. Professor Gerland aber sagte in seiner Schlussansprache dennoch, der Parteitag habe gezeigt, daß die deutsche demokratische Partei eine einheitlich geschlossene Partei geblieben sei. Wenn die Demokratie selber glauben, so wollen wir sie nicht fördern, denn uns interessiert die demokratische Partei, wie gesagt, nicht genügend, als daß wir gründliche Untersuchungen über diese Frage anstellen sollten. Gerland schloß den Parteitag aber nicht mehr mit dem Ruf: Sie gut republikanisch allezeit, sondern zog den Spruch vor: Sie gut deutsch allezeit! Auch das dürfte ein Symptom sein.

Ein anderes Merkmal für die zukünftige Entwicklung der demokratischen Partei und zugleich ein Maßstab für die Richtigkeit der Behauptungen ihrer Führer, daß die Partei einmal treu republikanisch und außerdem fest geschlossen sei, ist die Haltung, die die Demokraten in Sachsen gegenüber der sozialistischen Regierung einnehmen. Der Landtagsabgeordnete Dr. Dehne erklärte in Dresden in einer Mitgliederversammlung der Demokraten, in

Sachsen gäbe es in der nächsten Zukunft für die demokratische Partei nur die einzige Möglichkeit, in die Opposition zu gehen und darin zu verbleiben, denn die Bildung der jetzigen Regierung sei unvereinbar mit den demokratischen Grundgesetzen. Es müsse also notwendigerweise Fühlung, wenn auch nur taktische, mit den anderen bürgerlichen Parteien genommen werden. Diese anderen bürgerlichen Parteien sind in Sachsen die Stresemannpartei und die Deutschnationalen, das heißt echte Monarchisten und Antirepublikaner. Ein Zeichen also, daß die republikanische Treue der Demokraten kein Hindernisgrund ist für Bündnisse mit den monarchistischen Gruppen, die natürlich auch zu deren Stärkung beitragen müssen. Das haben wir gar nicht anders erwartet und wir sehen in dieser Haltung der Demokraten auch kein Unglück, sondern wir verzeichnen es nur, weil es ein Merkmal ist für die Vielfältigkeit der Strömungen und Anschauungen in dieser festgeschlossenen Partei des republikanischen Bürgertums und mithin eine lehrreiche Illustration zu den Reden in Nürnberg.

Die Arbeiter und Angestellten im Drenstein-Konzern

Schon mehrfach hat sich die Öffentlichkeit in letzter Zeit mit den Zuständen bei der Aktiengesellschaft Drenstein u. Koppel beschäftigt. Am Sonntag haben nun die Arbeiter und Angestellten der Betriebe der Firma in Spandau, Dreßow, Teltow und der Zentrale Berlin in einer öffentlichen Versammlung in den Kammerjulen, Berlin, dazu Stellung genommen. Bis auf den letzten Platz waren der Saal und die Galerien gefüllt, und hauptsächlich die Beamten, die Kopfarbeiter, waren es, die sehr zahlreich vertreten waren. Keine fremden Redner, nur Arbeiter und Angestellte ergriffen das Wort und das Bild, das sie von den Zuständen in den Betrieben entwarfen, war ein außerordentliches.

Günther, der Obmann des Angestelltenrates der Zentrale Berlin, gab zuerst einen Überblick über die Organisation der Betriebe des Konzerns. Er schilderte den Entwicklungsgang der Firma, die sich aus kleinen Anfängen, einem kleinen Handelsgeschäft, zur Weltfirma emporgearbeitet hat. Steits hat die Leitung das Hauptgewicht auf den Handelsgewinn gesetzt, dagegen die Produktion als nebensächlich behandelt. Die dem Kräftegeist ist es in erster Linie zu danken, daß die Betriebe und die Betriebsbedingungen immer mehr vernachlässigt wurden, so daß sie jetzt auch nicht den bescheidensten Ansprüchen genügen. Ohne jeden großzügigen Gedanken ist der Ausbau der Betriebe vor sich gegangen, so daß wenn noch nicht der Ausbau oder Neubau einer Werkstätte vollständig fertig war, sich schon die Unzulänglichkeit herausstellte. Nicht als Betriebe kann man die Anlagen ansprechen, sondern Laubkolonien sind es, wie sie einige Redner treffend bezeichneten. Hier haben die Betriebsräte eine dankbare Aufgabe, und Pflicht der Arbeiter und Angestellten ist es, sie in dem Bestreben, die Einrichtungen modern zu gestalten, zu unterstützen. Die Belegschaft hat ein Anrecht auf die Betriebe, denn aus den Ueberschüssen, die aus den Knochen der Arbeiter und Angestellten herausgewirtschaftet sind, ist der Ausbau erst möglich gewesen. Bei diesem Bestreben nach Abhilfe muß auch die Öffentlichkeit in Anspruch genommen werden.

Der Umsatz der Firma hat im letzten Jahre die Summe von 1,3 Milliarden Mark erreicht, davon fällt ein Drittel auf die Produktionsbetriebe, während zwei Drittel auf Handelsunternehmungen fallen. Die persönlichen Beziehungen der Geschäftsleitung zu den Belegschaften sind keine guten. Als Nummern werden die Angestellten und Arbeiter einfach behandelt, daher ist auch der Wechsel der Belegschaft ein sehr starker. Auch das Verhältnis der Leitung zu den Betriebsräten ist ein eigenartiges. Der Chef des Unternehmens, Herr Geheimrat Drenstein, läßt jede Spur sozialer Empfindens vermissen. Wohlfahrts-Einrichtungen sind so gut wie keine vorhanden, alle Bestrebungen, die darauf gerichtet sind, finden stets kräftige Ablehnung. Charakteristisch für die Behandlung der Arbeiter und Angestellten durch den Herrn Geheimrat ist es, daß er die Delegation der Reichskonferenz des Drenstein-Konzerns einfach nicht empfing. Alles dies hat eine ungeheure Erbitterung bei den Belegschaften hervorgerufen und zum engen Zusammenfluß aller Kopf- und Handarbeiter in den Werken geführt. Nur dadurch kann verhindert werden, daß Tausende den Terrorisierungsbestrebungen eines einzelnen, des Herrn Geheimrats Drenstein, wehrlos ausgeliefert

sind. Sehr eindrucksvoll waren auch die Berichte der Obleen der einzelnen Betriebe, besonders der des Hauptbetriebes in Romawes-Dreßow, den der Obmann Gruhl gab. Ueber daselbst wird die Betriebsbedingungen primitiv und bis zur äußersten Heruntergewirtschaftet, dadurch häufige Unglücksfälle hervorgerufen, das Ganze gestützt durch die schäbige Behandlung der Opfer der kapitalistischen Profitgier.

Die Versammlung gab einmütig den entschlossenen Willen kund, mit diesen Zuständen aufzuräumen. Menschenwürdige Behandlung und eine Entlohnung der Arbeiter und Angestellten, wenigstens eine bescheidene Existenz möglich macht, wurde gefordert. In schärfster Form wurde die den einzelnen Betrieben aufgezwungene Sicherheitswehr abgelehnt. Die hierfür zu bezahlenden hinausgeworfenen Summen sollen für eine bessere Ausbildung der Arbeitnehmer verwendet werden, gibt es doch auch bei Drenstein Beamte mit einem Monatsgehalt von 630 Mark. Immer wieder wurde aber auch betont, daß eine gründliche Besserung bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht zu erreichen ist, das ist eine scharfe Produktionskontrolle und die Sozialisierung der Betriebe nötig. In die Herrschergefühle eines einzelnen, der nur sein Familieninteresse im Auge hat, unmöglich zu machen. Ein Antrag, der eine einmalige Entschädigungssumme in Höhe eines Monatsgehaltes verlangte, wurde angenommen. Ferner eine Resolution, die in schärfster Form Ablehnung der Mißstände verlangte und die solidarische Geschlossenheit der Kopf- und Handarbeiter in diesem Kampf betont. Die Versammlung nahm einen in diesem Verlaufe und wird jedenfalls auch Herrn Geheimrat Drenstein Unlach zum Denken geben.

Gegensätze im Beamtenbund

Streikstimmung im Reiche

Es war vorauszu sehen, daß das taktische Verhalten des Deutschen Beamtenbundes während der gegenwärtigen Lohnbewegung der Beamten, insbesondere zur Frage des Streikrechts innerhalb des Beamtenlagers eine heillose Verwirrung richteten würde. Die Stellungnahme der Leitung des Beamtenbundes entspricht durchaus nicht den Auffassungen und Absichten zahlreicher Beamten. Schon die Stimmung der Berliner Beamten, die am Sonntag im Lustgarten demonstrierten, hat gezeigt, daß diese gedrückten Massen doch noch immer Kraft in sich fühlen, einen Tanz mit der Regierung zu wagen und daß sie sich nur ge hemmt fühlen durch die Bundesleitung. Wir haben sogar Anlaß zu der Vermutung, daß das Berliner Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes in dieser Frage nicht hinter der Bundesleitung steht. Vor allem aber zeigen sich im Reiche starke Widerstände gegen das Ausweichen der Zentrale. So hat die Ortsgruppe Leipzig des Deutschen Beamtenbundes einen scharfen Protest gegen die Resultate der Abstimmung des Hauptvorstandes erlassen. Die Entschließung der Leipziger Beamten fordert von den Führern des Beamtenbundes, daß sie sich der Stimmung der übergroßen Masse der Beamten fügen, und diese Stimmung ist, wie sich — in Leipzig und an anderen Plätzen — vor allem unter den Eisenbahnern und Postbeamten zeigt, auf Kampf gestellt. Auch im Wuppertal gärt es, dortigen organisierten Beamten fordern zunächst eine Ueberstimmung. Aus einer Versammlung in Barmen wurde die Reichsregierung ein Telegramm gesandt, worin die Drohung eines Streiks, als Eingriff in die verfassungsmäßig gewährte Koalitionsfreiheit bezeichnet wird. Daraus geht deutlich hervor, daß die Beamten der allein richtigen Auffassung sind, daß das Streikrecht ein unabbarer Bestandteil des Koalitionsrechts ist und daß die Aufhebung des Streikrechts gleichzusetzen ist mit Beseitigung der Koalitionsfreiheit. Koalitionsfreiheit heißt nicht, daß man sich zu einem Regelfuß verbinden darf. Gegen die Beschlüsse des Hauptvorstandes des Deutschen Beamtenbundes wurde auch in Barmen Einspruch erhoben. Vielleicht dienen die Erfahrungen der Zentrale des Beamtenbundes als Warnung an der letzten Stunde. Vielleicht erkennt sie noch, daß sie der Beamtenbewegung einen herrlich schlechten Dienst geleistet hat.

Das Rufen zu Wasser. Der amerikanische Senator Borah brachte eine Entschließung ein, in der Wilson ersucht wird, England und Japan zu einem Uebereinkommen zu veranlassen, während der nächsten fünf Jahre den Bau von Kriegsschiffen um 50 Prozent herabzusetzen.

Beethovenkultus

Zum 160. Geburtstag Beethovens.

Die bürgerliche Kunstpflege zeichnet sich dadurch aus, daß sie die genialsten Künstler hungern und verzehren läßt und ihnen nach ihrem Tode Denkmäler baut. Doch das ist kein Widerspruch. Denn es kommt auf ein Unrecht vor und nach dem Tode heraus. Das Unrecht nach dem Tode ist der Kultus, der mit dem verstorbenen Genie getrieben wird. Das heißt einerseits, daß durch den offiziell eingeführten Kultus an Stelle des einfachen, ehrlichen Verehrens des Künstlers und seines Wertes das verlogene und anerkennende Kunstverständnis des „Gebildeten“ tritt, — und andererseits, daß unter dem pompösen Schein des Kultus ein Künstler im Sinne einer Klasse und ihrer Gesellschaftsordnung einseitig ausgebeutet wird. Allen Schwierigkeiten zum Trotz wird das betreffende Genie zu einem Erziehungsweitz zurechtgemacht, seine Menschlichkeit unterdrückt und eine Idealfigur aus ihm gemacht, etwa wie der Bildhauer das Nachbild seines Modells entmenslicht und es ganz nach seiner Idee formt. Damit sei der bürgerlichen Kunstpflege nicht der Vorwurf bewahrt, Irreführung gemacht. Ihr ganzes Handeln ruht durchaus im Zusammenhang mit der bürgerlichen Ideologie überhaupt. Von ihrem Gesichtswinkel aus betrachtet, muß sich ihr jeder Gegenstand langsam verändern.

Am Beethoven ungeführt und wirtlich Beethoven nur kennen zu lernen, darf man nicht den ungeheuren Berg der Literatur über ihn durchstöbern —, gewiß liefern sie alle über ihn wertvolles Material, Angen sie ihm alle ein Loblied, aber eben nur ihr Loblied. Ein Beweis dafür ist neuerdings Romain Rolland, der über Beethoven zwar mit seiner ganzen prachtvollen Beredsamkeit spricht, aber doch zu sehr immer dabei sich selbst treu bleibt — als Franzose und Dichter. Am Beethoven kennen zu lernen, ist es nötig, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seiner Zeit und seines Landes und die aus ihnen folgenden Gesellschaftsbedingungen zu überschauen, seine Freunde, Freundinnen und seine Verste zu befragen (ein Kapitel, das gerade bei ihm von allergrößter Bedeutung ist und eben aus vorhin erwähnten „ethischen Gründen“ absichtlich vernachlässigt wird) und dann die Hauptwerke: seine musikalischen Schöpfungen als Produkt all dieser Beeinflussungen voll zu erfassen. Und hier sind es keine Sinfonien, die an die Selbstbildnisse Rembrandts erinnern. Kein Selbstbildnisse sind es, in wesentlich anderer Folge wie bei Rembrandt (vor allem das letzte), aber von derselben Art: sie zeigen durchaus das Gesicht ihres Schöpfers und doch zugleich das Gesicht ihres Zeitalters und aller der diesem verwandten Perioden.

Wenn unsere Untersuchung bei Nichtbeachtung des Erwähnten von Menschlichem, „Allgemeinem“ (wie der schöne Verlegenheitsausdruck heißt) Beethoven von seinem idealistischen Piedestal herabsteigen läßt, so ist das eher ein Gewinn als ein Verlust.

Siehe, das ist ein Mensch!

Da ist dieser Einzige. Alle Widerstände der Welt werfen sich ihm entgegen. Er leidet unfähig. Aber er überwindet sie. Er ist und bleibt Mensch, zudt und blutet. Aber diese Widerstände, diese Hemmungen sind der Quell seiner künstlerischen Produktion. Ohne diese menschlichen, „allgemeinlichen“ Widerstände hätte es keinen Beethoven gegeben. Verlieren seine Schöpfungen etwa ihre ethischen Werte, wenn man sie ihrer idealen Toga beraubt und ihren Ursprung auf diese menschlichen und sozialen Hemmungen und Widerstände zurückführt? Im Gegenteil! Die Kenntnis aller Stationen des Leidensweges des Genies führt nicht nur zur reiflichen Begreifung seines Schaffens, sie übt einen ungleich stärkeren erzieherischen Einfluß aus. Warum Beethoven im Sinne eines Lesebuchs für mittlere Schulen zurechtzumachen, im Sinne spielerischer Heroenverehrung? Warum verschweigen, was so eld, schal und unerpreislich und was doch eben Beethoven zu dem Beethoven gemacht hat, den es nur einmal gab?

Am 16. Dezember 1770 wurde Ludwig von Beethoven in Bonn geboren. Die Beethovens waren eine alte Musikerfamilie und aus der Löwener Gegend Belgiens eingewandert. Zu mehr als durchschnittlicher Bedeutung hat es keiner seiner Vorfahren gebracht. Genies werden nicht von geistig hervorragenden Eltern erzeugt. Ihm war auch nicht der Sonnenschein der Kindheit, wie etwa Mozart beschied. Da die musikalische Veranlagung in Ludwig mehr als bloß familiärentraditionell vorhanden war, begann die Ausbeutung des Knaben bereits in frühesten Kindheit. Der Vater, ein Gewohnheitstrinker, wollte Ludwig zu einem Wunderkinde wie Mozart machen, steigerte die musikalische Dressur bis zur Unerträglichkeit und zwang das widerstrebende Kind frühzeitig zu öffentlichem Auftreten, entfaltete dabei marktschreierische Reklame und gab das Alter Ludwigs aus Sensationsordnungen zu niedrig an. Diese proletarische Kindheit, in zartem Alter schon zum dürftigen Einkommen der Familie beizutragen, die Brutalitäten des ehgeizigen und verlebten Vaters, das unter diesen trübseligen Umständen beschleunigte Dahinwollen der innigst geliebten Mutter, hat von vornherein die Tragik im Schaffen Beethovens bedingt. Die Frühreise des Knaben, die Wanderndressur und damit die Zerrüttung seiner Nerven, die Störung der jugendlichen Entwicklung legten die Keime für alle die späteren Leiden.

Sein Schicksal führte ihn von seiner rheinischen Heimat nach Wien, dem Gegenpol zu Paris. Die Zeitströmungen, die über dieses Kulturzentrum hinweggluteten, sollten ihn zum mindesten so beeinflussen wie die großen Wiener musikalischen Erlebnisse. Wien, die Stadt des sterbenden Feudalismus, mit all den Kennzeichen eines Zerlegungsprozesses der ganzen Kultur, schuf in Beethoven die Aufnahmebedingung für die Ausstrahlungen der großen französischen Revolution. Die Gesellschaftsreform mit Schiller tritt von hier ab deutlich hervor. Der antiklerikale Geist der französischen Revolution spricht aus beiden. Beide waren sie

die Vertreter der theoretischen Revolution in Deutschland. Die Bühne des Lebens in Paris spiegelte sich wider in der Schopenhöhen des Dramatikers Schillers wie in der des Sinfonikers Beethovens. Die „Eroica“ ist das offene Bekenntnis des Republikaners Beethoven, des Verehrers des Konsuls Napoleon Bonaparte, aber des Hassers des Kaisers Napoleons I. Dem Revolutionär Bonaparte war diese Sinfonie (die dritte) gewidmet, mit der Kaiserkrönung Napoleons, mit dem Verrat an der republikanischen Idee flog das Titelblatt der Sinfonie mit der Widmung ins Feuer. Die Gesellschaftsreform Beethovens, Schiller besteht fort bis zum Ende, klingt aus in der neunten Sinfonie, wird hier zur Verschmelzung. Während aber Schiller in dem Spielbürgerheiligum Weimar und in der Watterpauer seiner Ehe und durch seine stetig zehrende Kränklichkeit seine Schwingkraft mähigte, fand Beethoven im hastigeren Pulsloshaus des von unaussprechlichen Einwirkungen aufgeregten Wiens. In mitten des ganzen Wiener Geschehens steigerte sich seine revolutionäre Brutalität. Trozig betonte er den republikanischen Plebejer! Mit bewußt plebejischen proletarischen Manieren fränkte er das höfliche und spielerische Gesindel. Fürstliche er zu seinem Gönner und Brotergeber Platonowky. „Fürst, was Sie sind, sind Sie durch Zufall und Geburt; was ich bin, ist durch mich. Fürsten hat es und wird es noch Tausende geben, Beethovens gibt es nur einen!“ Und wie ärgerte er sich über Goethe, den er sehr verehrte, als er mit diesem bei einem Spaziergang einigen Fürstlichkeiten begegnete. Goethe sah bedelte und zog den Hut, Beethoven aber stampfte bornigen Antlitzes und mit gekreuzten Armen absichtlich verkehrend durch die verblüffte Plaz machenden Wankblätter. — Das ist mehr als der aufrechte stolze Klassizismus zwischen den Kolo-Wallungen und Verbeugungen. Das ist die Ueberlegenheit des Revolutionärs — als Mensch und Künstler.

In seinen großen Sinfonien kommt dieses Kraftbewußtsein zum Ausdruck, besser: diese Kraft, die sich zum Kraftbewußtsein durchringt gegen die ungeheuerlichsten Widerstände. Es sind weniger Widerstände sozialer und künstlerischer Natur, es sind vielmehr solche persönlicher Art. Die Tatsache, daß der temperamentvolle Beethoven, von dem es doch heißt, daß er nie ohne irgenbeine Liebe leben konnte, niemals aber eine sogenannte „platonische“ hinauskam, vor der Ehe und der körperlichen Vereinigung zurückzuechte, diese Tatsache hat zu allerhand Fabeln die Veranlassung gegeben: Beethovens Liebe sei ohne Lust, sei eine reine, ideale Liebe usw. In Wirklichkeit aber litt er unglücklich unter jenseitigen Verdrängungen und unter der Angst vor ihrer Beseitigung. Er trug verwandtes Los mit vielen Großen seiner gleichen. Es sei nur an Michelangelo erinnert, welche Qualen in seinen Briefen, welches schmerzliche Gestammel in seinen Zeichnungen, welches Wühlen und Ringen und Sehnen. Das ist eine anderen körperlichen Gebreden: eine schrecklich zunehmende

Gewerkschaftsbewegung und Klassenkampf

Versammlung der U.S.P.D.-Funktionäre

Die Berliner Parteileitung der U. S. P. D. hatte zum Dienstagabend die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nach der Reuen Welt zusammenberufen, wo die Genossen Long Sender und Robert Dilmann über den Londoner Kongreß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale Bericht erstatteten.

Genossin Long Sender entwarf ein Bild der Entwicklung der internationalen gewerkschaftlichen Beziehungen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des proletarischen internationalen Zusammenschlusses wurde von den sozialistischen Altmehrern früh erkannt. Die erste Internationale, die 1867 zusammenkam, wurde von Marx und Engels auf eine Grundlage gestellt, die auch heute noch allein für uns maßgebend sein kann. Diese erste Internationale ging durch die anarchistische Putschaktion Bakunins auseinander, da Marx die Aufrichtung einer unerschütterlichen Zusammenfassung der Internationale vorzog.

Die alte Gewerkschaftsinternationale hatte als gemeinsames Kampfziel die Erreichung des Achtstundentages, die Schaffung von Arbeiterkassen, internationale Disziplin bei Streiks. Die Aufgaben der internationalen Kongresse waren sehr begrenzt. Sie dienten der Beratung über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatuten, über gegenseitige Unterstützung in wirtschaftlichen Kämpfen und über alle Mittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehenden Fragen. Ausgeschlossen von der Beratung waren alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betrafen. Trotz dieses verhältnismäßig engeren Rahmens der Internationale, dachte bei uns in Deutschland kein Gewerkschafter daran, aus dieser internationalen Gemeinschaft auszutreten. Jetzt aber, wo die Gewerkschaftsinternationale eine Epoche durchläuft, die nicht nur eine gewaltige Veränderung in ihrer bisherigen Taktik

bedeutet, sondern auch eine kolossale Revolutionierung in sachlichen Fragen erfolgt ist, soll diese Internationale als Belegbuch werden. Auf dem diesjährigen Kopenhagener Metallarbeiter-Kongreß hat selbst Richard Müller die Haltung der Amsterdamer Internationale guthelken müssen und den dort gegebenen Beschlüssen zugestimmt. Erst als er in Deutschland die zwischen eingetragenen Moskauer Parolen kennenlernte, entsetzte er sein revolutionäres Herz, aus der Amsterdamer roten wie pflichtlich die gelbe Internationale geworden!

Genossin Sender betonte, daß es nicht die Schuld der internationalen Bureaus ist, wenn die von dort ausgehenden revolutionären Parolen nicht in den einzelnen Ländern befolgt werden. Bei dem

Bonkot gegen Ungarn

Das Bureau forderte, was es gerade Jugoslawen, das die Internationale angehängt ist, das völlig versagte. Die Internationale kann eben nur das Spiegelbild der nationalen Entwicklung sein. An der Geschlossenheit der revolutionären Energie der Organisation in den einzelnen Ländern liegt es, die von der Internationale herausgegebenen Parolen durchzuführen. Daß die Amsterdamer Internationale heute von einem anderen Geiste befeelt ist als vor dem Kriege, zeigte sich deutlich in dem Bericht des Sekretärs des internationalen Bureaus, Jimmen, über Weltlage und internationale Gewerkschaften. Er zeigte, wie nach Beendigung des Krieges die Bourgeoisie zu Konzessionen bereit war, daß aber sehr bald der Umsturz einsetzte und heute fast allen Ländern die Reaktion stärker ist als zuvor. Die Gewerkschaftsbewegung müsse es deshalb als ihre erste Aufgabe betrachten, die Macht der Arbeiter im Kampf gegen die Reaktion die neue Gesellschaftsordnung anzunehmen. Dabei müsse man sich darüber klar sein, daß die Millionen der in der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeiter noch nicht alle von der Notwendigkeit dieses großen revolutionären Kampfes überzeugt seien. Trotzdem hat der Bund den Bonkot gegen Ungarn proklamiert und hat wiederholt versucht, mit den russischen Gewerkschaften Fühlung zu bekommen, ohne auch nur einen einzigen Antwortbescheid zu empfangen zu sein. Trotz der Moskauer Beschlüsse hat sich die „gelbe“ Internationale bereitgefunden, Sowjet-Rußland wirksame Hilfe zu bieten

Laubheit seit dem 30. Jahre... Laubheit, der Fluch des Künstlers! Dazu sein chronischer Darmkatarrh, alles Dinge, die höchst profan sind und die doch mitzählen, ja grundlegend sind, einmal sie die fast unheimliche Tragik seiner Werke mit zu erklären instand sind. Dieser leidende, kranke, schmerzdurchwühlte Mensch hat nur eine Befriedigung gehabt: seine Musik. Er hat mit dem wühlenden Darmkatarrh im Leibe die „Crotche“ geschrieben, mit vom Fingerwurm zerfressenen Händen seine Klavierkonzerte gespielt und für Millionen Ohren die große Klänge geschrieben, nur er konnte sie nicht hören... Es „entheiligt“ die Kunst vielleicht, wenn wir den Künstler bei seiner qualvoll ringenden Arbeit sehen. Aber es vermenscht nicht sie und gibt sie als Menschenwert den Menschen wieder.

Erich Knauf.

Beethovenfeier. Die Akademie der Künste zu Berlin veranstaltet gemeinsam mit der Akademischen Hochschule für Musik am Freitag, den 17. Dezember, eine Beethovenfeier im Konzertsaal der Hochschule für Musik. Zur Aufführung gelangen Beethovensche Orchesterwerke unter Leitung von Kapellmeister Kubold Krossfeld. Als Solisten wirken mit Professor Gustav Havemann und Professor Waldemar Lütsch.

Von den beiden aus Anlaß des 150. Geburtstages Beethovens von der Staatsoper veranstalteten Festabenden findet das Konzert am Donnerstag, den 16. d. M., „Fidelio“ am Freitag, den 17. d. M., statt. In dem durch eine Festspreche Professor Dr. Viktor Bies eingeleiteten Konzert wirken mit die Herren Dr. Karl Muc als musikalischer Leiter und Ferruccio Busoni als Interpret des Es-dur-Klavierkonzertes. In der 9. Sinfonie wirken mit die gesamte Kapelle und der verstärkte Chor der Staatsoper. Anfang 7 Uhr. — Die Singakademie zu Berlin veranstaltet unter Leitung ihres Direktors Professor Dr. Georg Schumann zu Beethovens 150. Geburtstag am 17. Dezember ein Konzert mit dem Philharmonischen Orchester und am 18. eine Aufführung der „Missa solomnica“, zu welcher am 18. eine öffentliche Generalprobe stattfindet. — Die neuente Sinfonie durch den 17. Dezember im großen Saal der Philharmonie unter der Leitung von Bruno Kittel im Rahmen einer großen Beethovenfeier aufgeführt.

Schulpieterversammlungen. Die Delegierten der Berliner Theater haben einstimmig beschlossen, das Angebot des Verbandes der Berliner Bühnenleiter betreffs Teuerungszulage, Mindestlohn und der allgemeinen Forderungen abzulehnen. Sie haben auf dem Standpunkt, daß dieses Angebot in keiner Weise abzuweichen ist, den berechtigten Forderungen der Berliner Bühnenangehörigen Genüge zu tun. — Die außerordentliche Vertreterversammlung der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger hat, daß auch die deutsche Bühnengenossenschaft zur Entsendung einer Vertretung im Reichswirtschaftsrat aufgerufen wird.

durch die Proklamierung des Bonkots des Transports und der Herstellung von Kriegsmaterial für die Feinde Rußlands. Die von Jimmen unterbreitete Resolution, die als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Reaktion des Massenstreik und den internationalen Bonkot erklärt, wurde mit etwa 22 Millionen Stimmen angenommen. Die gesteigerte internationale Solidarität kam auf dem Londoner Kongreß sehr schön darin zum Ausdruck, daß gerade die Vertreter der Entente sich für die Annulierung der durch die Entente von den Mittelmächten verlangten Entschädigungssummen aussprachen.

Der Höhepunkt des Kongresses war die

Stellungnahme zur Frage der Sozialisierung.

Nach den gefassten Beschlüssen ist jede Organisation, die der Amsterdamer Internationale angehängt ist, verpflichtet, sich für die Sozialisierung in ihrem Lande einzusetzen. Als erster Schritt ist die Sozialisierung der Urprodukte, die Sozialisierung des Bergbaues, anzustreben. Wenn die Kommunisten diesen Weg verwerfen, so können wir erklären, daß wir uns darüber klar sind, daß die Durchführung der Sozialisierung den ersten Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Sozialismus bedeutet. Es sei deshalb erfreulich, daß der Londoner Kongreß sich einmütig für die sofortige Durchführung der Sozialisierung ausgesprochen hat. In der vom Kongreß angenommenen Resolution zur Frage der Sozialisierung wird weiter verlangt, daß die Umstellung der Wirtschaft unter Kontrolle der gewerkschaftlichen Organisationen vorzunehmen ist und daß in den nichtsozialisierten Industriezweigen der Kampf um das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht der organisierten Arbeiter zu führen ist. Als ein Zeichen der internationalen Solidarität und von großer Bedeutung ist der von J. H. A. u. z. Frankreich erstattete Bericht der Delegation des U. S. P. D. anzusehen. Er erklärte, daß alles geschehen müsse, die Lügen zu zerstreuen, auf die sich die Entente-militaristen zur Begründung des Einmarsches in das Ruhrgebiet stützen. Sollte der Einmarsch erfolgen, so wäre es Pflicht der deutschen Arbeiter, die Arbeit zu verweigern, die französische Arbeiterschaft würde in diesem Falle das Außerste zur Unterstützung ihrer deutschen Brüder tun.

Genossin Sender betonte, daß es angesichts der vom Londoner Kongreß gefassten Beschlüsse lächerlich wäre, wenn die Kommunisten die Amsterdamer Internationale als gelb bezeichnen und, wie es Lenin, Sinowjew und Losowski getan haben, sie als gefährlicher als die Wehrgeordneten, Bürger- und Einwohnerwehren hinzustellen. Sehr bitter sei es auch den Kommunisten, wenn sie erklären, daß sie nur die Gewerkschafts-Internationale, nicht aber auch die Gewerkschaften sprengen wollen. Die Befolgung der Moskauer Parolen müsse zur Spaltung der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern führen. Der Kommunist Walcher schrieb am 16. November in einem Artikel im „Halle'schen Volksblatt“, daß die Kommunisten „mit aller Energie jäh und andauernd zu arbeiten hätten, bis die Einheitsfront, die heute die Dillmänner und Hue mit der Bourgeoisie verbindet, zerfallen ist.“ Das ist die Aufforderung zur Spaltung!

Angesichts der Geschlossenheit der internationalen Kapitalisten ist es ein Verbrechen, die einzige bestehende Internationale Kampforganisation, die Amsterdamer Internationale zu zerstreuen. Sind wir nicht in der Lage, dies zu verhindern, können wir der Geschlossenheit des Unternehmertums, der Einheitsfront der Reaktion keine geschlossene Internationale der Arbeit gegenüberstellen, dann wird die proletarische Bewegung auf Jahre zurückgeworfen. Dies zu verhindern, liegt jetzt an der Kraft und der Einsicht des Proletariats. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Referent, Genosse Dilmann, zeigte in seinen Ausführungen das Zusammenwirken der einzelnen Länder innerhalb der Internationale. Die politische Rückständigkeit in den einzelnen Ländern ist derzeit groß, daß dadurch internationale Aktionen revolutionärer Art gehemmt werden. Die der Amsterdamer Internationale angehängten Organisationen mit ihren 28 Millionen Mitgliedern haben in den einzelnen Ländern nur eine schwache sozialistische Färbung, das erhebt am besten die Tatsache, daß beispielsweise in England die Gewerkschaften 8 Millionen Mitglieder haben, während die sozialistische Partei (I. P.) gegenwärtig etwa 50-60 000 Mitglieder zählt. Dazu kommen für ganz England 5000 Mitglieder der kommunistischen Partei. In Frankreich hat die sozialistische Partei etwa 100 000 Mitglieder, gegenwärtig wird diese Partei gespalten. Nachdem Dilmann weitere Beispiele angeführt hatte, kommt er zu dem Schluß, daß es ein Verbrechen an der internationalen proletarischen Bewegung ist, wenn

die einzige aktionsfähige Internationale,

die Amsterdamer, durch das Moskauer Diktat zertrümmert wird. Die russische Revolution könne sich nur halten, wenn die Sowjet-Regierung von dem westeuropäischen Proletariat gestützt wird. Um die Weltrevolution vorwärts zu treiben, sei jedoch noch eine gewaltige geistige revolutionäre Entwicklung in allen Ländern notwendig. Genosse Dilmann kommt dann auf die deutschen Gewerkschaftsverhältnisse zu sprechen. Der rechtssozialistische Geist verschwindet mehr und mehr aus den Gewerkschaften, so daß die Führer im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund froh wären, wenn sie recht bald mit elegantem Schwung aus dem Arbeitsgemeinschaftsverhältnis herauskämen. Daß die Arbeitsgemeinschaften überhaupt möglich waren, lag aber an der geistigen Rückständigkeit der Gewerkschaftsmittglieder. Das gleiche treffe bei der Schaffung von Industrieorganisationen zu, daran ändere kein Geldstreik der Kommunisten etwas.

Die Bestrebungen der Kommunisten, die Gewerkschaften international zu spalten, sieht mit Notwendigkeit die Spaltung der nationalen Gewerkschaften nach sich.

Wenn bei den Wahlen zu der Berliner Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Kommunisten unter der Führung des jetzt in Moskau zum wahren Revolutionär gestempelten, bis zum November 1918 zum Lager der Kriegsozialisten gehörenden D. R. u. s. die Mehrheit bekommen, wenn sie ihre zahlenmäßige Stärke in der Verwaltung dazu benutzen, für die Berliner Verwaltungsstelle des D. M. A. B. den Ausschluß an die Moskauer Internationale zu beschließen, dann ist dies der Anfang der Spaltung der Gewerkschaften. Um dies zu verhindern, müssen sich alle U. S. P. D. Gewerkschafter für die Wahl der Liste Ziska-Urich einsetzen. Den kommunistischen Spaltungsbestrebungen können wir nur durch praktische Arbeit entgegenwirken. Genosse Dilmann zerplückte dann die sogenannten Stuttgarter fünf Punkte, die Richtiges und Falsches enthalten. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte Genosse Dilmann die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre auf, sich mit aller Kraft gegen die von den Kommunisten gewollte Zerstückelung der Gewerkschaften zu wenden. Nur dann könne die soziale Revolution vorwärts getrieben werden. (Starker Beifall.)

In der Diskussion tennzeichnete Ziska die schmutzige Kampfesweise der Kommunisten, die sich gegenwärtig im Wahlkampf um die engere Ortsverwaltung besonders deutlich zeige. Er führte dafür mehrere Beispiele an. Nachdem noch der Genosse Bollmersch aus die Lage der einzelnen Berliner Gewerkschaften geschildert hatte, schloß der Vorsitzende Genosse Fritz Koch die Versammlung.

Ein kommunistischer Sieg

Die „Rote Fahne“ meldet in ihrer Dienstagnummer triumphierend, daß die Belegschaft der Firma Vorkla sich für die Annahme der Forderungen der Stuttgarter Metallarbeiter ausgesprochen hat. Das soll beweisen, daß die Vorklaarbeiter für Moskau sind. Tatsache ist nun, daß von den 3000 Beschäftigten 188 Vorklaarbeiter in der Verammlung anwesend waren. Davon erhielten die Kommunisten 100 Stimmen.

Wir gratulieren. Jeder kommunistische Sieg von solcher einschüchternden Größe wird von uns registriert werden als ein höheres Merkmal dafür, daß die deutsche Arbeiterschaft allem Verolegegeschwäh zum Trotz ihren gesunden Verstand zu bewahren versteht.

Daran ändern auch die fettesten Überschriften und die ungeschicktesten Angriffe der „Roten Fahne“ gegen uns nichts. Wir brachten vor einigen Tagen zur Kennzeichnung der konfuse kommunistischen Gewerkschaftsstatistik eine Zuschrift aus Metallarbeiterkreisen, in der das Parolenjuchener erwähnt wurde, das die Stuttgarter Metallarbeiter über den „Konterrevolutionären“ Hauptvorstand ausgeschüttet haben. Dazu konnten wir die Bemerkung machen, daß diese Parolen von einer zentralen Stelle aus in zahlreiche Gewerkschaften geleitet werden, und wir bezeichneten als diese Zentralfstelle die Münzstraße. Das hat die „Rote Fahne“ in Verlegenheit gebracht, und sie tut so, als wenn sie nichts davon wüßte. Sie schimpft aufgeregt über unser „Geldstreik“, denn sie scheint nicht zu wissen, daß wir nie so ruhig sind und nie so laut bleiben, als dann, wenn wir uns mit der kommunistischen Partei und ihrer Presse beschäftigen müssen. Aber noch mehr. Unser Geldstreik sei Angst vor der kommenden Aktion. Bewahre, verbreitete „Rote Fahne“! Die Erfahrung zeigt doch dem Bilanzisten, daß Aktionen, die die Kommunisten antündigen, niemand in Angst zu setzen brauchen, dafür aber hellen Jubel hervorrufen bei denen, die das größte Interesse an der Vermittlung und Beruhigung der Arbeiterbewegung haben: bei den Reaktionsären aller Grade. Damit die „Rote Fahne“ endlich begreift, wollen wir ihr sagen, daß diese Gefahr der einzige Grund dafür ist, daß wir uns mit den Kommunisten und ihren Taten beschäftigen. Bestände diese Gefahr nicht, so würde man in unsemr Blatte nie eine Zeile über diese Vorgänge lesen.

Der Mord von Mechterstede

Die Wahrheit kommt ans Licht

Die Marburger Studenten, die die 15 Arbeiter aus Bad Nauheim ermordet haben, sind nach ihrem Verbrechen auf freiem Fuß gelassen worden und konnten wie die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts eine militärische Jugendgemeinschaft bilden, die es ihnen ermöglichte, das Gericht zu beschwindeln. Sie haben damit in ihrem ersten Prozeß vor dem Kriegesgericht Erfolg gehabt und auch in Cassel vor dem Schwurgericht trat die Jugendgemeinschaft der Angeklagten als geschlossene Einheit auf. Gestern ist es jedoch gelungen, das Gewebe aus Lug und Trug zu zerreißen. Der Zeuge Mey stellte fest, daß bei der Führerbesprechung in Gotha Regimentskapitän Selchow gesagt hat: „Solche Sachen wie bei Liebknecht und Luxemburg dürfen nicht wieder vorkommen. Bei Erschießungen müssen Rechtsgründe gewahrt werden. Den Toten müssen Waffen in die Hand gegeben werden, damit es aussteht, als ob sie mit der Waffe in der Hand erschossen sind.“ Student Feld bestätigte diese Aussage. Er war bei der Führerbesprechung zugegen und weiß, daß Selchow sagte, den Toten müsse ein Gewehr in die Hand gegeben werden, damit sich die Defektheit nicht aufrege. Wichtig waren in der gestrigen Verhandlung die folgenden Aussagen:

Zeuge Rosenstock, ein Bruder des erschossenen Arbeiters gleichen Namens, sagt aus, sein Bruder habe sich bei der Requirierung von Lebensmitteln auf Umweisung der Volksbeauftragten beteiligt, sei festgenommen und dann erschossen worden. Er könne sich nicht denken, daß sein Bruder gestohlen sei. Auf dem Wege seien die Gefangenen, wie er gehört habe, mißhandelt worden. Ein Freund seines Bruders habe erzählt, daß der erschossene Arbeiter ihm auf dem Wege zugerufen habe, die Zeitfreiwilligen raunten ihm immer zu:

Lauf doch davon.

Als das von einigen gesehen sei, habe man sie erschossen. Es sei auch gesagt worden, daß die Gefangenen „Deutschland, Deutschland über alles“ singen mußten.

Zeuge Dreher Rudolf Arnold aus Eisenach betundet, daß er zum Besuch in Gotha gewesen sei und habe, da keine Eisenbahn nach Eisenach fuhr, zu Fuß zurückkehren wollen. Unterwegs traf er seinen Arbeitskollegen Barz, und sie seien zunächst mit einem Passierschein anstandslos durch die Postenlinie der Reichswehr gekommen. Bei Mechterstede hätte aber eine Patrouille der Studenten sie angehalten und sie festgenommen. Sie wurden in das Spritzenhaus gebracht. Im Nebenraum lag ein Beschwender, der köhnte und immer nach Wasser schrie. Da kam ein Soldat an das Fenster und sagte zu dem Posten: Geh doch einen Augenblick weg, in wenigen Minuten ist alles erledigt. Ein anderer Soldat rief sogar:

Die Schweine haben einen unserer Offiziere angeschossen. Wir machen mit ihnen daselbe.

Wir fürchteten, jeden Augenblick erschossen zu werden und vertriehen uns in eine Ede. Am nächsten Morgen wurden wir mit anderen inzwischen hinzugekommenen Gefangenen von der 6. Kompanie herausgebracht. Einige Soldaten sagten: man solle uns an die Wand stellen, dann wäre alles erledigt. Als wir den Bahndamm hinter uns hatten, ging eine Schießer los. Zunächst hörten wir eine Salve, dann Einzelhüsse. Offenbar handelte es sich um die Erschießung von Dornschuh. Dieser ist nicht auf der Flucht erschossen worden. Ich habe, nachdem ich entlassen war, das Fuhrwerk meines Vaters genommen und bin mit einem Bekannten hingefahren. Wir haben festgestellt, daß Hornschuh mit den Händen in der Erde sich selbst getötet und gewürgt hatte, also nicht gleich tot war, als auf ihn geschossen wurde. Nach einiger Zeit wurde wieder geschossen. Ein Offizier jagte auf die Frage, was los sei,

das seien Verspottungsgeschichte.

Ich fand es merkwürdig, daß Vorpostengeschichte hinter der Front sein sollten. Nach einiger Zeit stiegen wir auf den Transport der Angeklagten. Da wurde uns zugerufen: Das sind auch so elende Spartakistenhunde. Geht nur, wir haben nichts mehr zu tun. Der Angeklagte Göbel verhandelte mit unserem Kompanieführer. Wir wurden ihm übergeben und mußten nun nach Keht machen und auf Mechterstede zu fahren. Göbel begann uns zu deffen. Er sagte, er wolle sehen, ob wir bei den Spartakisten etwas gelernt hätten. Wir mußten auf der Straße Laufschritt machen. Es hieß fortwährend: „March, march, Rechtsuntertucht u. w.“ Wir mußten auch die Hände über dem Kopf halten. Einige singen an zu wimmern. Göbel habe ihm wiederholt ins Gesicht geschlagen und mit dem Knurren: Du Schwein brauchst die deutsche Kolarde nicht, die Kolarde von der Blühe gerissen. Der Zeuge hat gesehen, daß etwa 200 Schritte entfernt vier Gefangene des anderen Transportes erschossen worden sind. Sie lagen in einem Quadrat zusammen, seien also sicher nicht gestochen. Auf den Einwand eines Genossen, es hätte doch nebligtes Wetter geherrscht, erklärt der Zeuge, daß der Nebel sich schon verzogen hätte, als die Gefangenen erschossen wurden. Der Zeuge will auch Schreie der Sterbenden, wie Mutter, meine Frau und dergleichen gehört haben. Dann ist ein General im Auto gekommen und habe angeordnet, daß die Gefangenen dem Göbel abgenommen werden. Göbel främbte sich zunächst, sie freizugeben.

Der Staatsanwalt teilt im Anschluß daran mit, daß gegen Göbel und zwei andere Studenten ein Verfahren wegen Mißhandlung unter Amtsmißbrauch vor der Staatsanwaltschaft durchgeführt werde. — Der Zeuge Barz schildert in ähnlicher Weise seine Erlebnisse und behauptet insbesondere, daß sie selbst im Spritzenhaus in Mechterstede direkt mit dem Tode bedroht worden seien.

Der Nachfolger von Hans Dönh. Der Autobesitzer Becker-Bartmannsdagen (So.) ist als Nachfolger von Hans Dönh zum Landrat (Drost) des Kreises Stargard mit 4000 Stimmen gegen 3500 Stimmen der Rechten gewählt worden.

